



18. Wahlperiode

Internationale Parlamentarische Bodensee- Konferenz (IPBK)

60. Sitzung

Freitag, 30. Juni 2023, 08:54 bis 09:48 Uhr

Ort: Renaissance Brussels Hotel, Brüssel

INHALT

| | |
|--|---|
| Eröffnung durch den Ersten Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, Karl Freller, MdL | 1 |
| Genehmigung des Protokolls der 59. Sitzung der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz vom 24. März 2023 | 2 |
| Bericht aus der IBK | 3 |
| Zusammenarbeit mit der IBK | 7 |
| Sonstiges | 8 |

Anwesend:

Bayern:

Karl Freller, 1. Vizepräsident/Vorsitzender IPBK 2023
Andreas Jäckel, MdL
Florian Siekmann, MdL
Matthias Alert, Leiter der Abteilung A / EU-Angelegenheiten
Sarah Heidenreich, Büroleiterin des 1. Vizepräsidenten Karl Freller
Martin Roßmann, Leiter Europareferat
Clarissa Kern, Stv. Leiterin Europareferat
Carolin Kosel, Leiterin Kontakt- und Informationsstelle des Bayerischen Landtags in Brüssel
Barbara Lillig, Europareferat
Bärbl Starringer, Europareferat
Stefan Wiendl, Kontakt- und Informationsstelle des Bayerischen Landtags in Brüssel
Hagen Söchting, Protokollführer

Appenzell Ausserrhoden

Hannes Friedli, Kantonsratspräsident
Walter Raschle, 1. Vizepräsident des Kantonsrats
Margrit Müller, Kantonsrätin
Dr. Sabrina Baumgartner, Leiterin Parlamentsdienst

Appenzell Innerrhoden

Albert Manser, Grossratspräsident
Alfred Koller, Grossrat
Markus Dörig, Ratsschreiber

St. Gallen

Andrea Schöb-Sturzenegger, Kantonsratspräsidentin
Walter Gartmann, Kantonsrat
Sandro Hess, Kantonsrat
Robert Raths, Kantonsrat
Lukas Schmucki, Leiter Parlamentsdienste
Matthias Renn, Geschäftsführer Vertretungen

Baden-Württemberg

Guido Wolf, MdL
Manuela Göbbel, Kontakt- und Informationsstelle des Landtags in Brüssel

Fürstentum Liechtenstein

Albert Frick, Landtagspräsident
Gunilla Marxer-Kranz, Landtagsvizepräsidentin
Sandra Fausch, Stellvertretende Abgeordnete

Schaffhausen

Diego Faccani, Kantonratspräsident
Irene Gruhler Heinzer, Kantonsrätin
Lorenz Laich, Kantonsrat
Michael Mundt, Kantonsrat
Nadine Frei, Koordinationsstelle für Außenbeziehungen

Thurgau

Andreas Zuber, Grossratspräsident
Peter Bühler, Grossratsvizepräsident
Ueli Fisch, Kantonsrat
Babara Dätwyler, Kantonsrätin
Guiseppe D'Alelio, Parlamentsdienste

Vorarlberg

Harald Sonderegger, Landtagspräsident
Dr. Hubert F. Kinz, Abgeordneter
Christoph Metzler, Abgeordneter
Heidi Schuster-Burda, Abgeordnete
Dr. Borghild Goldgruber-Reiner, Landtagsdirektorin

Zürich

Sylvie Matter, Kantonratspräsidentin
Jürg Sulser, 1. Vizepräsident des Kantonsrats
Benno Scherrer, Kantonsrat

Referenten

Klaus-Dieter Schnell, Geschäftsführer und Leiter der Geschäftsstelle der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK)

Eröffnung durch den Ersten Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, Karl Freller, MdL

Vorsitzender Karl Freller begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 60. Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz im Renaissance Brussels Hotel und leitet sogleich zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

* * *

Genehmigung des Protokolls der 59. Sitzung der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz vom 24. März 2023

Vorsitzender Karl Freller stellt fest, gegen das Protokoll der 59. Sitzung der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz vom 24. März 2023 würden keine Einwände erhoben. Damit sei dieses Protokoll genehmigt.

* * *

Bericht aus der IBK

Vorsitzender Karl Freller begrüßt Herrn Klaus-Dieter Schnell, den Geschäftsführer und Leiter der Geschäftsstelle der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK), und den Ratsschreiber Markus Dörig.

Markus Dörig dankt dem Vorsitzenden für die Erteilung des Wortes und schickt dem Bericht voraus, der Kanton Appenzell Innerrhoden habe im Jahr 2024 die Aufgabe, sowohl die IBK als auch die IPBK auszurichten.

Die IBK habe in den letzten Tagen den Jahresbericht für das Jahr 2022 herausgegeben, der auf der Internetseite www.bodenseekonferenz.org abrufbar sei. Zu den Inhalten werde Klaus-Dieter Schnell ausführen. Der Bericht sei interessant, weil die IBK im Jahr 2022 ihr 50-jähriges Bestehen habe feiern können. Der Jahresbericht enthalte auch Teilberichte der einzelnen Kommissionen.

Klaus-Dieter Schnell teilt mit, die IBK habe sieben Fachkommissionen und eine weitere assoziierte Kommission, also insgesamt acht Fachgremien.

Markus Dörig führt aus, der Freistaat Bayern habe im Jahr 2023 die folgenden Schwerpunkte gesetzt.

Das Thema Klimaneutralität solle vorangebracht werden. Das betreffe vor allem die Schifffahrt. Es gebe eine Verpflichtung der Öffentlichkeit, den Bodensee in den kommenden 20 bis 25 Jahren klimaneutral zu machen. Die Maßnahmen, die einzelne Staaten vornähmen, müssten miteinander abgestimmt werden. Die IBK wolle bezogen auf den Bodensee dazu aktiv einen Beitrag leisten. Vor allem seien Koordinationsprobleme zu lösen. Die verschiedenen Anrainerstaaten hätten unterschiedliche rechtliche Vorgaben. Eine Koordinierung sei die Voraussetzung, um gemeinsame Schritte unternehmen zu können. Eine Machbarkeitsstudie sei bei Prof. Dr. Werner Tillmetz von „h2connect“ in Auftrag gegeben worden, die zeigen solle, wie der Weg zur Klimaneutralität bezogen auf den Bodensee aussehen könne. Der Bericht zur Machbarkeit werde für den Herbst 2023 erwartet und solle die Grundlage für die darauf aufbauenden politischen Prozesse bilden.

Ein weiteres großes Projekt, das die IBK anstoße, sei „Bodanrail 2045“. Mit diesem Projekt solle die grenzüberschreitende Mobilität vorangebracht werden. Der Verkehr auf der

Schiene bilde auch ein wichtiges Element. Insgesamt gehöre jedoch auch die E-Mobilität dazu, die man mit der „E-Charta Bodensee“ voranbringen wolle. Man habe sich mit ihr auf eine gemeinsame Vision und auf gemeinsame Handlungsgrundsätze verständigt. Zur E-Mobilität gehörten nicht nur Fahrzeuge mit einem Elektroantrieb, sondern genauso der Ausbau der Ladeinfrastruktur. Die IBK wolle auch dazu einen Beitrag leisten. Zu diesem Thema gehöre auch der grenzüberschreitende Buslinienverkehr. Zunehmend würden Elektrobusse eingesetzt. Auf die Kompatibilität der eingesetzten Systeme müsse geachtet werden.

Des Weiteren solle der Bodensee als europäische Modellregion etabliert werden. In diesem Zusammenhang stehe auch die Wahl des Tagungsortes Brüssel für die 60. IPBK, die eine Verknüpfungsveranstaltung werden solle. Die IBK solle auch auf europäischer Ebene stärker repräsentiert und positioniert werden. In diesem Zusammenhang stehe auch die gemeinsame Erklärung, die von den Regierungschefs unterzeichnet worden sei und den Teilnehmerinnen und Teilnehmer vorliege.

(Siehe Anlage 1)

Inhaltlich gehe es darum, über die Tätigkeiten der IBK zu informieren und ihre Erfolge herauszustellen. Die IBK erhoffe sich, den Verhandlungen der EU mit der Schweiz über bilaterale Abkommen Impulse zu geben.

Außerdem habe die IBK die Einrichtung einer Regierungskommission Bodensee angeregt und initiiert. Dabei handele es sich nicht um eine weitere Konferenz für den Bodensee. Vielmehr werde bezweckt, die Anliegen und Position der IBK mit einer eigenen Regierungskommission gegenüber den vier nationalen Zentren zu stärken. Als bloßer Bittsteller werde man in den nationalen Zentren häufig nicht gehört. – Die Regierungskommission Bodensee habe bereits einmal getagt. Das Thema der zweiten Sitzung der Regierungskommission Bodensee liege auf Fragen des grenzüberschreitenden Personenverkehrs. Die nationalen Zentren sprächen dabei ein gewichtiges Wort mit. Die IBK habe in Vorbereitung dieser zweiten Sitzung eine erhebliche Vorleistung erbracht. Der Kanton St. Gallen habe für alle Ländern und Kantone rund um den Bodensee die Zuständigkeiten zusammengetragen und zusammengestellt. Diese Arbeit sei nicht zu unterschätzen; denn vielerorts hätten selbst Spezialisten keine Auskunft über die

Zuständigkeiten geben können. Dem Kanton St. Gallen gebühre für seine Arbeit großes Lob. Die Zusammenstellung der Zuständigkeiten bilde eine wichtige Grundlage für die Arbeit der Regierungskommission Bodensee.

Ein weiterer Schwerpunkt betreffe die Einrichtung der IBK-Akademie in Liechtenstein, in der das Wissen über die IBK – Organisation, Funktion, Zwecke, Ziele etc. – gemehrt werden solle.

Termine. Am 20.09.2023 finde im Landratsamt in Lindau i. B. ein Trägertreffen zum Thema „Batterie- oder Brennstoffzelle?“ statt. Diskutiert werde, welche Richtung eingeschlagen und worauf der Fokus gelegt werden solle. – Im Oktober 2023 werde der IBK-Förderpreis für Kulturschaffende verliehen. Am 27.10.2023 tage der ständige Ausschuss in Lindau i. B. Am 01.12.2023 treffe sich die Regierungskommission Bodensee.

Vorsitzender Karl Freller stellt den Bondesee als eine „Kostbarkeit“ in Europa heraus. Wenn die Anrainerstaaten zusammenarbeiteten und zusammenhielten, gereiche das allen zum Vorteil. Grenzstreitigkeiten müssten behoben und verhindert werden.

Benno Scherrer stellt zur Mobilität die Frage, ob sich die IBK oder die IPBK als breit abgestützte und legitimierte Organisation einbringen sollte, um internationale Verkehrsverbindungen zu stärken. Der „Ausbauschnitt 2035“ für die Verbindung Zürich–München sei kürzlich vorgestellt worden. Es gehe auch um Nachtzugverbindungen, etwa von Zürich nach Wien.

Markus Dörig bejaht. Die IBK sei auch dankbar über Rückmeldungen, um Probleme oder falsche Entwicklungen zu identifizieren. Nur so könne Abhilfe geschaffen werden. Insbesondere auf der Strecke Zürich–München gebe es bei den Verbindungen hinsichtlich der Kapazitäten und der Pünktlichkeit Verbesserungsbedarf. Sofern sich ein unbegründeter Leistungsabbau abzeichne, müsse auch vonseiten der IBK interveniert werden. Deshalb sei man dankbar für Hinweise und Rückmeldungen, die an die zuständige Kommission weitergegeben würden.

Robert Raths beklagt Störungen durch „Autoposer“ in St. Gallen. Man „ersticke“ im „Poserproblem“, dem nur mit Gesetzen begegnet werden könne. Die einzelnen Gesetzgeber sollten tätig werden und einige Autoposer-Technik verbieten, zumal bei E-

Mobilität ja auch Vorgaben gemacht würden. Die Autos von Posern verursachten Dreck und Lärm. Wenn sich die IBK gegenüber den nationalen Zentren, wo die Gesetze verabschiedet würden, stärker positionierte, könnte gegen das Poserproblem etwas getan werden.

* * *

Zusammenarbeit mit der IBK

Vorsitzender Karl Freller erteilt Markus Dörig zum Antrag „Engere Zusammenarbeit der IBK und der IPBK“ das Wort.

(Siehe Anlage 2)

Markus Dörig skizziert die Richtung des Antrags und teilt mit, die IBK habe über den Antrag beraten. Der Ständige Ausschuss habe am 12.05.2023 über den Antrag diskutiert. Die IBK sei mit dem Antrag grundsätzlich einverstanden. Der Ständige Ausschuss habe jedoch bei dem Wort „Zusammenarbeit“ mit dem Wording gerungen. Alternativ sei die Formulierung „vertiefter Austausch“ vorgeschlagen worden. Die Projekte, mit denen die IBK beschäftigt sei, lägen auf Regierungsebene. Es handele sich um Vollzugsprojekte. Die IBK sei davon überzeugt, bei solchen Projekten brauche es eine klare Führung. Die IBK sei bereit, sich mit der IPBK auszutauschen; aber sie sei weniger daran interessiert, für die Projektführung die Zuständigkeit zu erweitern. Der Ständige Ausschuss habe sich deshalb darauf verständigt, statt einer „Zusammenarbeit“ institutionell lediglich einen „vertieften Austausch“ zu pflegen.

Als erstem Schritt habe man beschlossen, den Steuerungsausschusses der IPBK und die Troika in der ersten Sitzung eines Jahres zusammen tagen zu lassen. Am 11.01.2024 finde ein solches Treffen dieser beiden Gremien statt.

Vorsitzender Karl Freller dankt Markus Dörig für die Ausführungen und äußert, dem Antrag könne Unterstützung zugesichert werden. Der Antrag werde ins Protokoll aufgenommen.

* * *

Sonstiges

Vorsitzender Karl Freller dankt den Organisatoren der Veranstaltung für ihr Engagement.

Albert Manser richtet ebenfalls Dankesworte in die Runde und kündigt Termine für das Jahr 2024 an. Der 22. und der 23.02.2024 sowie der 19. und der 20.09.2024 seien als Konferenztermine der IPBK vorgesehen. Bereits heute ergehe mündlich die herzliche Einladung zu diesen Konferenzen.

Vorsitzender Karl Freller schließt die Sitzung.

* * *

(Schluss der Sitzung: 09:48 Uhr)

Der Bodenseeraum: Eine europäische Erfolgsgeschichte gemeinsam fortsetzen

Erklärung der IBK-Regierungschefs
anlässlich ihrer Tagung in Brüssel am 29./30. Juni 2023

Vier Staaten, zehn Länder und Kantone, drei Formen und Geschwindigkeiten der europäischen Integration: Der Bodenseeraum scheint durch Grenzen geprägt. Tatsächlich ist die Bodenseeregion jedoch ein einheitlicher und gemeinsamer Lebens- und Wirtschaftsraum für 4,2 Millionen Menschen – miteinander verwachsen und verwoben wie wohl in keinem anderen Grenzraum in Europa. Am Bodensee wird Europa gelebt – täglich und seit Generationen:

- Intensive Pendlerströme in alle Richtungen
- Starker grenzüberschreitender Handel
- Gemeinsam genutzte Infrastrukturen
- Eines der weltweit höchstindustrialisierten Gebiete mit zahlreichen Weltmarktführern und einem Hightech-Beschäftigungsanteil deutlich über dem EU-Schnitt
- Als EVTZ organisierter Wissenschaftsverbund mit 25 Universitäten und Hochschulen
- Starke Tourismus-Region mit weltweiter Ausstrahlung

Als von den Ländern und Kantonen rund um den Bodensee bereits 1972 gegründete Institution verfolgt die Internationale Bodensee-Konferenz (IBK) ein Ziel: Die Bodenseeregion soll als attraktiver Lebens-, Natur-, Kultur-, Wissens- und Wirtschaftsraum erhalten und erfolgreich weiterentwickelt werden. Auf diesem Kurs ist es der IBK gelungen, wertvolle Impulse zu setzen und zahlreiche Projekte erfolgreich zum Abschluss zu bringen: Von der Wasserqualität des Bodensees über Low-Tech-Gebäude, die gemeinsame Raumentwicklung, Unterstützung im Rettungswesen und Kulturförderung bis hin zum grenzüberschreitenden Personennahverkehr – die Erfolgsgeschichte der IBK ist lang und vielfältig.

Dabei hat die IBK auch von Europäischen Programmen und Initiativen wie Interreg profitiert und diese aktiv mitgestaltet. Aber auch für die Zukunft hat sich die IBK viel vorgenommen: Nachhaltige Mobilität über Grenzen hinweg, Engagement und Beteiligung der jungen Generation, Ausbau und Stärkung des Wissenschafts-, Wirtschafts- und Innovationsstandortes.

Um weiterhin erfolgreich zu sein, um Stabilität und Wohlstand zu sichern, sind verlässliche und auf Dauer angelegte Rahmenbedingungen unverzichtbar. Schon heute ist die Schweiz ein in Europa hoch integrierter und stark internationalisierter Partner. Mit großer Sorge sehen die Länder und Kantone des Bodenseeraums, ebenso wie ihre Grenznachbarn an Oberrhein und Hochrhein, daher die schleichende Erosion der bestehenden bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der Europäischen Union. Dies trifft die Menschen auf allen Seiten der Grenzen konkret. Erste Auswirkungen werden schon heute deutlich: So ist beispielsweise die Forschungszusammenarbeit durch den beschränkten Zugang der Schweiz zu Horizon Europe oder die Gewährleistung markt- und netzseitiger Stromversorgungssicherheit ohne Stromabkommen erschwert. Durch den Wegfall gegenseitiger Anerkennung von Konformitätsbewertungsverfahren für Industrieprodukte, z.B. von Medizinprodukten, und voraussichtlich zukünftig bei Maschinen- und Bauprodukten, drohen neue Handelshemmnisse und die Beeinträchtigung der Versorgung mit wichtigen Gütern. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein Gesundheitsabkommen wäre, um die Bevölkerung auf allen Seiten der Grenzen zu schützen.

Europa sollte sich die Chance nicht entgehen lassen, die Potentiale, die in einem stärkeren Zusammenwachsen der Räume liegen, für sich zu nutzen. Daher appellieren die Regionen des Bodenseeraums an den Schweizer Bundesrat und die Europäische Kommission, tragfähige Antworten zur Gestaltung des künftigen Verhältnisses zu finden. Dazu gehören:

- Zeitnahe Schaffung einer langfristigen und rechtssicheren institutionalisierten Basis für die gemeinsamen Beziehungen
- Zügige und volle Assoziierung der Schweiz bei Horizon Europe und Erasmus+
- Bereitschaft für neue Kooperationen zu Zukunftsthemen, z.B. bei Klimaschutz, Energie oder der Gesundheitsförderung und -prävention

Die IBK lebt den direkten Dialog auf höchster regionaler Ebene über Grenzen in der Modellregion Bodensee hinweg bereits seit Jahrzehnten. Mit der Regierungskommission Bodensee läuft derzeit ein Versuch, in diesen Dialog auch die nationalen Ebenen einzubeziehen. Die IBK kann und will mit dieser Erfahrung einen aktiven Beitrag auch zur Verständigung auf der europäischen Ebene leisten.

Staatsministerin Melanie Huml
Freistaat Bayern

Regierungschef Dr. Daniel Risch
Fürstentum Liechtenstein

Regierungsrat Alfred Stricker
Kanton Appenzell Ausserrhoden

Regierungsrat Patrick Strasser
Kanton Schaffhausen

Regierender Landammann Roland Inauen
Kanton Appenzell Innerrhoden

Regierungsrat Dominik Diezi
Kanton Thurgau

Staatssekretär Florian Hassler
Land Baden-Württemberg

Landeshauptmann Mag. Markus Wallner
Land Vorarlberg

Generalsekretär Dr. Marc Ehrensperger
Kanton Zürich

Regierungsrat Marc Mächler
Kanton St. Gallen



Engere Zusammenarbeit zwischen der IBK und der IPBK;

Antrag des Kantons Appenzell Ausserrhoden zuhanden des IPBK-Plenums

Ausgangslage

Die IBK und die IPBK sind zwei unabhängige Organisationen, die thematisch und vertraglich eng aufeinander bezogen sind. So hat sich die Praxis etabliert, dass die Mitgliedsländer und -kantone in beiden Gremien gleichzeitig den (jährlich rotierenden) Vorsitz innehaben. Art. 11 der Statuten der IPBK legt fest, dass die IPBK für einen offenen gegenseitigen Informationsaustausch mit der IBK sorgt. Beide Organisationen stellen einander insbesondere die Protokolle der Regierungschefkonferenz bzw. der Vollversammlung der IPBK und auf Wunsch auch die Protokolle weiterer Organe zur Verfügung. In der Regel informiert der Geschäftsführer der IBK an den Frühjahrs- und Herbsttagungen der IPBK über den Stand der Arbeiten in der IBK.

Im Vorsitzjahr des Kantons Appenzell Ausserrhoden wurde der Fokus auf eine engere Zusammenarbeit zwischen den beiden Gremien gelegt. Es war dem Kanton ein Anliegen, die Beziehungen auf Ebene der Vorsitzenden und der Sekretariate zu vertiefen. An der Frühjahrskonferenz 2022 in Herisau hat der Vorsitzende der IBK den Mitgliedern der IPBK die Gipfelerklärung und die Strategie persönlich erläutert und Rückmeldungen dazu eingeholt. Die Vorsitzende der IPBK wurde als Gast an die Regierungschefkonferenz eingeladen. Auf Sekretariatebene wurden ebenfalls gegenseitige Einladungen für die Sitzungen der Steuerungsausschüsse ausgesprochen und wahrgenommen.

Der Freistaat Bayern hat diese Idee der engeren Zusammenarbeit in seinem Vorsitzjahr aufgenommen und organisiert Ende Juni 2023 zum ersten Mal eine gemeinsame Tagung in Brüssel. Die gemeinsame Veranstaltung kann als Bekräftigung einer engeren Zusammenarbeit verstanden werden.

Das Anliegen einer engeren Zusammenarbeit soll nun sowohl auf der institutionellen wie auch auf der inhaltlichen Ebene verankert werden.

Stossrichtung: Fokus engere Zusammenarbeit

Der Kanton Appenzell Ausserrhoden schlägt eine engere Zusammenarbeit zwischen der IBK und der IPBK unter Berücksichtigung der vorgesehenen Rollen vor.

Einerseits soll eine engere Zusammenarbeit bei der Themenwahl und der inhaltlichen Schwerpunkte stattfinden. Die Themen der IBK sollen durch die IPBK gespiegelt, kritisch hinterfragt und konstruktiv gewürdigt werden. Denkbar ist auch das Aufgreifen gemeinsamer Themen. Die beiden Organisationen sollen auch gemeinsam nach aussen wirken, um die Anliegen der Region mit mehr Kraft vertreten zu können. So können Synergien genutzt und die Wirksamkeit erhöht werden.



Andererseits sollen die Beziehungen gestärkt und persönliche Kontakte hergestellt werden. Die Kontakte sollen nicht nur innerhalb, sondern auch zwischen IBK und IPBK vertieft werden. Dazu sollen die Beziehungen auf Ebene der Vorsitzenden und der Sekretariate gestärkt werden. Die engere Zusammenarbeit soll unter Berücksichtigung und Beibehaltung der vorgesehenen Rollen stattfinden. Es bleibt beiden Organisationen selbstverständlich vorbehalten, eigene Themen zu setzen und jeweils eigene Ziele zu verfolgen.

Vorschlag zuhanden IBK und IPBK

Der Kanton Appenzell Ausserrhoden schlägt vor, die Zusammenarbeit der beiden Gremien zu institutionalisieren. Dazu sollen die Steueraussschüsse der IBK und der IPBK einmal im Jahr gemeinsam tagen. Folgende Gründe sprechen aus Sicht von Appenzell Ausserrhoden dafür:

- Ein Mitgliedsland oder -kanton ist im Steueraussschuss bzw. in der Troika während drei Jahren vertreten (vor, während und nach dem Vorsitz). Die Stabilität der Zusammensetzung erleichtert die persönlichen Beziehungen und ermöglicht es, auch länger dauernde Projekte zu begleiten und voranzutreiben.
- In der Regel finden die Sitzungen der Steuerungsgremien der IBK und IPBK fast zeitgleich im gleichen Mitgliedsland oder -kanton statt. Der organisatorische Mehraufwand einer gemeinsamen Sitzung hält sich also für den Vorsitz in engen Grenzen.
- Die Steuerungsgremien haben eine Grösse, die sich gut für einen Austausch eignen (jeweils 5–10 Mitglieder).

Im Anschluss an die gemeinsame Tagung in Brüssel wird dieses Format evaluiert. Bei Bedarf kann das Format zur Beziehungspflege und zum engeren fachlichen Austausch periodisch wiederholt werden. Im Vordergrund sollte vorerst aber die institutionelle Verzahnung der Steuerungsgremien stehen.

Antrag:

Das jeweilige Vorsitzland bzw. der jeweilige Vorsitzkanton sei einzuladen, jährlich eine gemeinsame Sitzung der Steuerungsgremien der IBK und der IPBK zu organisieren.